

frieden» einen markanten Kontrapunkt zur Fürsteninitiative setzte. Nach Ansicht der Initianten stärkte die Fürsteninitiative die Rechte des Monarchen. Ihr Gegenentwurf zielte dagegen auf eine deutliche Machteinschränkung des Fürsten hin. Die Vorlage war daher weniger ein Friedens- oder Kompromissangebot, sondern vielmehr eine Kampfansage. Vom Fürsten, verfassungsrechtlich mit Sanktionsrecht ausgestattet, wurde die Initiative denn auch sofort als «Totgeburt» charakterisiert.⁴⁹⁹

Die Unterschriftensammlung konnte also gestartet werden. Gleichzeitig wandten sich 53 besorgte Bürgerinnen und Bürger im September 2002 direkt an den Europarat mit dem Ersuchen, allfällige Verletzungen von Demokratiestandards des Europarates festzustellen.⁵⁰⁰ Parallel zum innenpolitischen Initiativprozess entwickelte sich somit eine Debatte auf europäischer Ebene. Die Venedig-Kommission des Europarates, bestehend aus Verfassungsrechtlern aller Mitgliedsstaaten, stellte im Dezember 2002 fest, dass der Verfassungsvorschlag des Fürstenhauses mit den Prinzipien des Europarates nicht vereinbar sei.⁵⁰¹ Kritisch fiel auch der Bericht des Rapporteurs der politischen Abteilung des Europarates im Januar 2003 und zweier Berichterstatter des Monitoring-Komitees des Europarates im August 2003 aus – nachdem die Verfassungsrevision bereits beschlossen war.⁵⁰² Die Beschäftigung des Europarates mit dem Fall Liechtenstein ging noch weit über den Abstimmungstag hinaus. Unter dem Titel «Dialog» schuf er ein neues Instrument, um ältere Europaratsmitglieder einer Überprüfung zu unterziehen, ohne sie dem eher auf osteuropäische Beitrittskandidaten und Neumitglieder zugeschnittenen Monitoring-Verfahren unterstellen zu müssen. Das Dialogverfahren mit dem liechtensteinischen Landtag endete mit einem kritischen Bericht zuhanden des Büros des Europarates, zog dann aber bis dato keine weiteren Konsequenzen nach sich.⁵⁰³

In der Abstimmungskommunikation dominierten je länger je mehr sachfremde Aspekte die Debatte. Die Bedeutung der einzelnen Verfas-

499 Interview mit Fürst Hans-Adam II. im Liechtensteiner Volksblatt vom 31. Oktober 2002, S. 3f.

500 Demokratie-Sekretariat 2002.

501 Council of Europe 2002a, 2002b.

502 Lord Kilclooney, Council of Europe 2003a; Michael Hancock und Erik Jurgens, Council of Europe 2003b.

503 Council of Europe 2006.